

## DER TSCHECHISCHE ANTIFASCHISMUS OHNE LEGENDEN

*Von Ivan Pfaff*

Die Erforschung der antifaschistischen Bewegung der Tschechoslowakei der Jahre 1933–1938 seitens der tschechischen marxistischen Geschichtswissenschaft – die vor-marxistische vor 1948 befaßte sich nicht mit diesem Thema – vollzog sich in einer eigentümlichen wie widersprüchlichen Entwicklung. Wohl gerade, weil man die antifaschistische Bewegung berechtigterweise als ein Schlüsselproblem der Zeitgeschichte aufgefaßt hatte, wurde kaum ein anderer historischer Komplex derart zum Opfer der Verfälschungen des stalinistischen Dogmatismus. Eine falsche Auffassung von Volksfrontpolitik führte zu einer derart verengenden und vereinfachenden begrifflichen Definition des Antifaschismus, daß nichtkommunistische Kräfte darin praktisch nicht vorkamen. Eine derartige Interpretation – im Widerspruch zum Prinzip der „Volksfront“ als Kooperation von Kommunisten mit Sozialisten und Liberalen – sah die Kommunisten nicht als einen Teil des Antifaschismus, sondern als dessen einzigen und ausschließlichen Träger. Diese ahistorische Monopolisierung begriff Antifaschismus zum einen lediglich als Bestandteil der Parteihistorie, nicht aber der gesamtnationalen Geschichte, andererseits herrschte als Folge primitiver, stalinistischer Ideologie die Maxime, „Reinheit“ und „Führungsanspruch“ der Partei würden Schaden erleiden, ließe man nichtkommunistische politische und kulturelle Kräfte in einer Reihe mit ihr zu. Dies wurde in den Jahren 1948–1963 sowie 1970–1988 auch unverblümt direkt formuliert. Also wurden Nichtkommunisten systematisch verdrängt: wo man sie nicht schlichtweg ignorierte, würdigte man ihre Bedeutung herab oder diffamierte sie mittels politischer Verdächtigungen, sowohl die als „Sozialfaschisten“ gebrandmarkten Sozialdemokraten wie auch die antifaschistischen Gruppen bürgerlicher Parteien, insbesondere die Liberalen und schließlich die linksliberale oder sozialdemokratische kulturell-kreative Intelligenz. Diese Zerrbilder wurden u. a. durch einen doktrinkonformen Umgang mit Archivmaterial gestützt; man hielt kritische Auswertungen für überflüssig, wenn nicht gar schädlich und scheute sich somit nicht, objektive Fakten dem vorgestanzten ideologischen Schema passend „zuzuschneiden“. Somit war die dem stalinistischen Dogmatismus unterworfenen Geschichtswissenschaft, mit ihren rasterhaften Schwarzweißkategorien, unfähig, komplexe Entwicklungen zu erfassen, was in ihrer Vorstellung von Antifaschismus besonders markant wie zerstörerisch offenbar wurde. In den Ergüssen reflexhafter „Synthesen“ verschwanden nicht nur Denken und Wirken der nichtkommunistischen Antifaschisten, sondern quasi auch diese selbst: man muß sie also nicht nur neu bewerten, sondern oft überhaupt erst entdecken. Die Vorliebe der dogmatischen Interpretation für scharfe Abgrenzung und schnörkellose Geradlinigkeit ignorierte die unscharfe Grenze zwischen aktivem antifaschistischen Kampf und einer oppositio-

nellen Haltung. Letzterer fehlte es an ideologischer Klarheit, vielmehr führte hier eine persönliche, sachlich oder ethisch begründete Urteilsbildung zum entschiedenen, wenn auch instinktiven Widerstand gegen den Faschismus. So wurde ein ganzes Spektrum ideologisch nicht festgelegter oder politisch ungeschulter Personen und Strömungen aus dem Geschichtsbild verdrängt, wodurch es empfindlich verarmte und entstellt wurde.

Schon vor 35 Jahren wurde zurecht darauf hingewiesen, daß „es unerlässlich sei, die Frage der Strukturierung der antifaschistischen Front zu klären“, und daß man „nicht nur zwischen verschiedenen Gruppen, sondern auch zwischen einzelnen Personen differenzieren muß“<sup>1</sup>. Die Stalinsche Historiographie litt vor allem an der einseitigen Auswahl der Quellen, sowie an deren unkritischen Deutung und Verbreitung. Sie beharrte einerseits auf der unkritischen Verabsolutierung der falschen Position der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KPTsch) der Jahre 1933–1936 und beließ es bei einer oft unbewußten Zurückweisung der Standpunkte der nichtkommunistischen Kräfte. Andererseits gab sich die Partei mit einer undifferenzierten Idealisierung des Vorgehens der KPTsch vor 1936 zufrieden, wobei sie gleichzeitig die beiden – zumindest formal – gegensätzlichen Linien des antifaschistischen Programms der Partei verschwieg, was ipso facto zur Konstruktion eines fiktiv einheitlichen Programms der KPTsch für den ganzen Zeitraum von 1933–1938 führte. Darüberhinaus ignorierte oder verschwieg man, daß die KPTsch auch nach 1936 ihre proklamierte neue Linie höchst inkonsequent wenn nicht gar kontraproduktiv verfolgte, was ihre Polemiken gegen Sozialdemokraten und Liberale beweisen, die mit eindeutigen Rückgriffen auf die, angeblich überwundene und verbal zurückgewiesene, stalinistische Politik vor 1936 geführt wurden. Somit fungierte die KPTsch bis „München“ weiterhin als Bremse des tatsächlichen Antifaschismus. Betrachtet man diesen nicht als reine Anti-Nazi-Politik von Regierung und politischen Parteien, sondern als nationale, gesamtgesellschaftliche Bewegung aller demokratischen Schichten, so muß man den Hauptgrund für die Schwäche und das Scheitern des tschechischen Antifaschismus im Nichtzustandekommen einer gemeinsamen, aktiven antifaschistischen Front sehen; deren Formierung war bis 1938 durch gegenseitiges Mißtrauen und Verdächtigungen unmöglich. Es sei vorweggenommen: den Hauptanteil daran verantworten eindeutig die Kommunisten- und das nicht nur vor 1936. Exemplarisch hierfür ist die kommunistische „Sozialistische Gemeinschaft“ zu erwähnen, die einzige ernsthafte Initiative einer Gruppe der KPTsch-Führung im Zeitraum von 1934–1936 zur Bildung einer tatsächlich gemeinsamen Volksfront, die durch die Komintern und von Gottwald persönlich rigoros liquidiert wurde. Gottwald weilte zu dieser Zeit in Moskau, was allein erklärt, daß sich dieser Vorstoß überhaupt artikulieren konnte<sup>2</sup>.

Hinter der „monopolistischen Interpretation“ stand wesentlich auch die berechtigte Befürchtung, daß die kommunistische Konzeption des antifaschistischen Kampfes vor dem VII. Komintern-Kongreß (EKKI, 1935) und dem VII. Parteitag der

<sup>1</sup> Gajanová, Alena: *Dvojitá tvář* [Zweierlei Gesicht]. Praha 1962, 186.

<sup>2</sup> Hrbata, František/Niklíček, Ladislav: *Naděje a skutečnost* [Hoffnung und Wirklichkeit]. *ČsČH* 15 (1967) 687ff. – Sammlung Nr. 20, Staatliches Zentralarchiv (SÚA) Prag, Az. 77, Nr. 3098 pres., P 87/22, PP 1931–1940.

KPTsch (1936), aber auch danach, zwangsläufig vom Aufkommen der nichtkommunistischen Antifaschisten zurückgedrängt worden wäre. Diese waren unbelastet von klassenbezogenen Vorstellungen und mußten schon deshalb viel konsequenter, systematischer, grundsätzlicher und gezielter in ihrer Aktivität erscheinen als die Kommunisten.

Tatsächlich aber unterschätzte die kommunistische Internationale, besonders in Deutschland und der ČSR, nicht nur die Kraft eines gemeinsamen antifaschistischen Vorgehens, sondern die Gefährlichkeit des Nationalsozialismus selbst. Deren verhängnisvolle Position zu beidem wurde, noch für mehr als drei Jahre nach Hitlers Machtergreifung, von der KPTsch völlig unkritisch übernommen. Die irrealen, verblendete Hoffnung auf eine proletarische Revolution in Deutschland, die trotz der klaren Niederlage der Arbeiterklasse wie aller demokratischen Parteien Deutschlands jahrelang aufrechterhalten wurde, verdrängten den direkten Kampf gegen den Nationalsozialismus auf den zweiten Platz. Zum Hauptfeind wurde somit nicht der Nazismus, als vermeintliches Provisorium sträflich unterschätzt, sondern der „Sozialfaschismus“ – also die Sozialdemokratie, mithin der stärkste potentielle Verbündete gegen den Faschismus. Alle antifaschistische Aktivität der Kommunisten beschränkte sich auf Aktionen, von denen man sich die Errichtung der Diktatur des Proletariats erhoffte. Die Verteidigung der bürgerlichen Demokratie wurde dagegen als reaktionär verurteilt. Dies erklärt letztlich die legale Machtergreifung Hitlers in einem Staat mit einer außerordentlich starken Arbeiterbewegung (noch bei den Wahlen am 5. März 1933 vereinten Sozialdemokraten und Kommunisten fast 13 Millionen Stimmen auf sich): die Abneigung der Sozialdemokratie gegen ein gemeinsames Vorgehen mit den Kommunisten ist hierfür nicht der einzige Grund, zumal die Kommunisten ihrerseits durch die Bekämpfung der sozialdemokratischen Regierungen Preußens, am Vorabend der Machtübernahme, in eine Front mit den Nationalsozialisten gerieten und diese somit objektiv bei der Vorbereitung ihres Umsturzes unterstützten. Noch am 30. Januar 1933 lehnte die KPD einen Nichtangriffspakt mit den Sozialdemokraten ab; die Resolution des EKKI vom 30. April dieses Jahres verkündete, daß „die Bildung der offenen faschistischen Diktatur das Tempo Deutschlands zur proletarischen Revolution beschleunigt“<sup>3</sup>; das VIII. Plenum der Exekutive der Komintern Ende 1933 schließlich, verlangte offen die politische Liquidierung der Sozialdemokraten als Voraussetzung des Anti-Nazi-Kampfes<sup>4</sup>.

<sup>3</sup> „Die Lage in Deutschland“. Resolution des Präsidiums der EKKI vom 1. 4. 1933. In: Kommunistische Internationale 1933, Nr. 6, 64. Abgedruckt bei P i r k e r, Theodor: Utopie und Mythos der Weltrevolution. Zur Geschichte der Komintern 1920–1940. München 1964, 173–181, hier 180.

<sup>4</sup> Resolution des politischen Sekretariats der EKKI vom 23. 11. 1934, zit. nach H r a d i l á k, Zdeněk/Novák, Jan: Z bojů o nové pojetí protifašistické jednotné fronty. K historii a významu X. pléna KSČ v listopadu 1934 [Aus den Kämpfen um neue Auffassung der antifaschistischen Einheitsfront. Zur Geschichte und Bedeutung des X. Plenarsitzung der KPTsch]. Příspěvky k dějinám KSČ (1965) 57. – Ferner vgl. Hájek, Miloš: K politické orientaci Komunistické internacionály 1920–1935 [Zur politischen Orientierung der Kommunistischen Internationale 1920–1935]. Praha 1969, 328ff. – Wegmüller, Jörg: Das Experiment der Volksfront. Untersuchungen zur Taktik der Kommunistischen Internationale. Frankfurt/M. 1972, 62, 128.

Die verblendete Einschätzung der deutschen Situation bestimmte auch für Jahre die Methoden des antifaschistischen Vorgehens der KPTsch. Auf deren VIII. Plenum im Oktober 1933 wie auf dem neunten im Juni 1934 wurde das tschechoslowakische Regierungssystem als faschistische Diktatur gebrandmarkt, die Sozialdemokraten als gefährlichster Verbündeter des Faschismus. Man beließ es außerdem sowohl bei der Überschätzung des geschlagenen deutschen Proletariats, als auch bei der Unterschätzung des Nationalsozialismus<sup>5</sup>. Dessen Liquidierung konnte sich die KPTsch nicht anders vorstellen, als durch die Installierung der Sowjetmacht; außerhalb dieses Zieles hielt man sich vom direkten Anti-Nazi-Kampf bewußt fern. Ein Beispiel für die Folgen dieser Maxime ist die ablehnende Haltung der KPTsch zur Forderung nach Aufhebung der parlamentarischen Immunität der DSAP-Abgeordneten Krebs und Jung nach dem Volkssportprozeß: Václav Kopecký, parlamentarischer Sprecher der KPTsch, verurteilte dies als „einen Akt der nationalen Persekution des deutschen Volkes“ und behauptete sogar, daß „die Hitlerschen Abgeordneten nur deshalb verfolgt werden, weil sie Deutsche sind“<sup>6</sup>.

Am 8. Oktober 1933 schrieb Kopecký, daß sich „die tschechoslowakischen Kommunisten nach dem 30. Januar 1933 mehr als je zuvor mit dem deutschen Proletariat identifizierten, in der Überzeugung, daß sich die proletarische Revolution in Deutschland nähert“ und daß „der endgültige Sieg des deutschen Proletariats sicher und nahe ist“<sup>7</sup>. Drei Monate später behauptete Gottwald, daß „in Deutschland heute der Aufschwung einer neuen revolutionären Welle beginnt“<sup>8</sup>. Noch auf dem X. Plenum der KPTsch im November 1934 lautete die Parole, daß antifaschistischer Kampf nicht mit der Verteidigung der bürgerlichen Demokratie identisch sei, sondern ausschließlich mit dem Ziel der Errichtung der Diktatur des Proletariats<sup>9</sup>. Dieses Plenum sah weiterhin in der KPD die einzige Kraft, die fähig sei, den Sturz des Nationalsozialismus herbeizuführen. Wenn auch auf diesem Plenum schon erste Ansätze eines realistischeren Denkens anklangen, hielt man immer noch nicht den Nazismus, sondern die Sozialdemokratie für den Hauptfeind<sup>10</sup>. Noch zur Jahreswende 1935/36 wurde die KPTsch-Führung vom EKKI wegen „Rechtsopportunismus“, der in einer Überschätzung der sozialdemokratischen Linken bestanden haben soll, scharf kritisiert<sup>11</sup>.

In den ersten Jahren der NS-Diktatur vermochten die Kommunisten dem bedrohten Volk nichts anzubieten als die Alternative Kapitalismus oder Kommunismus, tertium non datur. Selbst Kulturpersönlichkeiten kommunistischer Orientierung – z. B. Ivan Olbracht, S. K. Neumann, Karel Teige – akzeptierten und verkündeten das, was

<sup>5</sup> Hrbata, František/Niklíček, Ladislav: Na cestě k VII. kongresu Kominterny [Auf dem Wege zum VII. Komintern-Kongreß]. ČsČH 13 (1965) 668 ff.

<sup>6</sup> Stenographische Berichte über die Sitzungen der Nationalversammlung der ČSR, die Sitzung des Abgeordnetenhauses am 23. 2. 1933, 5–11.

<sup>7</sup> Kopecký, Václav: Za příkladem bolševické KSN [Nach dem Beispiel der bolschewistischen KPD]. Komunistická revue 8 (1933) Nr. 7, 8. 10. 1933.

<sup>8</sup> Gottwald, Klement: Na druhé straně barikády [Auf der anderen Seite der Barrikade]. Rudé právo v. 5. 1. 1934.

<sup>9</sup> Hrbata/Niklíček: Naděje a skutečnost 680. – Hradilák/Novák: Z bojů 44.

<sup>10</sup> Hrbata/Niklíček: Naděje a skutečnost 680 f.

<sup>11</sup> Niklíček, Ladislav: Za lidovou frontu proti fašismu [Für die Volksfront gegen den Faschismus]. Praha 1965, 99–107.

F. X. Šalda treffend als die „katastrophische kommunistische Politik ‚rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln‘“ kennzeichnete<sup>12</sup>.

Die zweite Maxime des eigenartigen Antifaschismus der KPTsch war die These der „Faschisierung“ des demokratischen Regierungssystems, welche bürgerliche Demokratie direkt mit faschistischer Diktatur gleichsetzte, was den Abscheu der KPTsch vor der Verteidigung der „Bourgeoisen Republik“ begründen sollte. Die heterogene Zusammensetzung der tschechischen Bourgeoisie, von der extremen Rechten bis zur „Burg“-Gruppe, ließ ein einfaches „Wegwischen“ von Unterschieden zwischen bürgerlicher Demokratie und faschistischer Diktatur nicht zu; dies führte zur Konstruktion der „Faschisierung“ des tschechoslowakischen Regierungssystems. In welchem Ausmaß hier der Stalinismus die Vorstellungen Lenins, auf den er sich sonst stets berufen hatte, direkt negierte, offenbart der Vergleich der Theorie der „Faschisierung“ mit der Position Lenins, daß „eine Arbeiterpartei auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft an der Politik nicht teilnehmen könne, ohne in diesem oder jenem Fall Schulter an Schulter mit der bürgerlichen Demokratie zu gehen“<sup>13</sup>. Auf dem X. Plenum der KPTsch im November 1934 wurde, neben der Bestätigung voriger Positionen, sogar die stalinsche Deformation der leninschen Nationalitätenpolitik bewerkstelligt, indem man durch das mechanische Postulat „Selbstbestimmung bis zur Losreißung“ die gegen den Staat gerichtete nationale Demagogie des Nationalsozialismus direkt bestärkte<sup>14</sup>. Freilich gab es auch denkende Kommunisten, die bald begriffen hatten, daß die These der „Faschisierung“ nicht nur der Partei, sondern vor allem der Republik schädlich war – diese wurden jedoch sofort verurteilt. Der bedeutende Theoretiker der KPTsch, Vladimír Borin, erklärte am 27. September 1934 vor der Sitzung der Linksfront: „In der konkreten Situation des Kampfes gegen den Faschismus kann ich nicht nur, sondern muß ich mich zu den Idealen, die Masaryk verkündet, bekennen [...]. Eine Fülle von Masaryks Idealen kann der Kommunist unterschreiben, für manche von ihnen muß er in der konkreten Situation des Kampfes gegen den Faschismus zusammen mit der bürgerlichen Demokratie kämpfen“<sup>15</sup>. Für diese ex tempore wurde Borin in *Rudé právo* öffentlich hart verurteilt und des Sozialfaschismus wie der Unterstützung der bürgerlichen Klassentheorie bezichtigt.

Eine radikale Wende erbrachte – oder vielmehr: sollte erbringen – der VII. Parteitag der KPTsch im April 1936, der, in der Spur des VII. Komintern-Kongresses vom August 1935, die Politik der „Volksfront“ sowie die antifaschistische Zusammenarbeit der Kommunisten mit allen demokratischen Kräften samt der Unterstützung der Verteidigung des bürgerlichen Staates beschloß. Allerdings war es äußerst schwierig, das antifaschistische Bündnis der Nichtkommunisten davon zu überzeugen, daß das Aufgeben der Linie, welche die KPTsch über drei Jahre verfolgte, mehr als ein bloßes Manöver war, wofür tatsächlich manches sprach: noch nicht einmal jetzt konnten die Kommu-

<sup>12</sup> Šaldův Zápisek [Šaldas Notizbuch] 6 (1933–1934) 63.

<sup>13</sup> Lenin, V. I.: Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution. In: Spisy [Schriften]. Bd. 9. Praha 1954, 38.

<sup>14</sup> Hrbata/Niklíček: Naděje a skutečnost 668.

<sup>15</sup> Borin, Vladimír: Masarykovy ideály demokratických práv [Masaryks Ideale der demokratischen Rechte]. *Rudé právo* v. 28. 9. 1934.

nisten ihre höchst aggressive Kritik an den Sozialdemokraten unterlassen, was verriet, daß sie die engen Interessen ihrer Partei über die antifaschistische Einheit stellten. Damit verschärfte sie die Atmosphäre des Mißtrauens weiter, in der das starke Echo der nur verbal überwundenen früheren Politik viel wirksamer widerhallte, als die deklarierte neue Linie<sup>16</sup>. Die abwartend mißtrauische und manchmal ablehnende Haltung, die auch der linke Flügel der Sozialdemokratie einnahm, war also durchaus berechtigt<sup>17</sup>. In der tschechischen Gesellschaft wirkte es nicht gerade ermutigend, daß die lauthals verkündete Abkehr der KPTsch vom dogmatischen Antifaschismus nicht einer eigenständigen Annäherung an die Erfordernisse des antifaschistischen Kampfes entsprang (wie etwa in Frankreich und Spanien, wo es schon 1934, zum Teil unabhängig von der Komintern, zu einer tatsächlichen Wende kam), sondern lediglich direkte Folge der Komintern-Beschlüsse war, was nur die Abhängigkeit von Moskau dokumentierte.

Als Šalda im August 1935 vorrausschauend schrieb, daß „die Entdogmatisierung der kommunistischen Massen allerdings nicht einfach werde“ und daß die nächste Zukunft zeigen werde, ob das gelänge“<sup>18</sup>, erfaßte er genau, daß der Schlüssel zu Erfolg oder Scheitern der KPTsch bei der Teilnahme am antifaschistischen Kampf, nur innerhalb ihrer selbst läge. Eine Bestätigung seiner Skepsis lieferte z. B. das Eingreifen Moskaus gegen eine Gruppe der KPTsch-Führung, mit Jan Šverma, Rudolf Slánský und Oto Synek an der Spitze, die wahrhaftig und konsequent versucht hatte, die Beschlüsse des VII. Komintern-Kongresses anzuwenden – in der naiven Annahme, diese seien ernst gemeint gewesen. Im Februar 1936, also am Vorabend des VII. Parteitags der KPTsch, der die Politik der Volksfront formell verkündete, wurden alle drei auf Befehl der Komintern scharf verurteilt und wegen „Rechtsopportunismus“ aller Funktionen enthoben; desweiteren wurden sie der Propagierung trotzkistischer und kleinbürgerlicher Ansichten in der Parteipresse bezichtigt (dem fiel Stanislav Budín, Chefredakteur des *Rudé právo* zum Opfer, den man als Revisionisten aus der Partei ausschloß) sowie der Überschätzung der sozialdemokratischen Linken, der zu positiven Einstellung zur „bürgerlichen“ Armee und sogar der Unterstützung Beneš bei der Präsidentenwahl im Dezember 1935 gegen den faschistischen „Dezember-

<sup>16</sup> Am 7. 8. 1935 erklärte Gottwald auf dem VII. Komintern-Kongreß in Moskau: „Wir wollen, daß diese Republik, in der heute die Bourgeoisie regiert, zur Sowjetrepublik werde. Das ist unser Ziel“. In: Gottwald, Klement: Spisy [Schriften]. Bd. 6. Praha 1952, 181.

<sup>17</sup> Ende Oktober 1936 analysierte ein bedeutsamer Publizist der sozialdemokratischen Linken die Bereitschaft der KPTsch zur Verteidigung der Republik und belegte, daß sie den eigenen Staat gegen die NS-Aggression erst dann zu verteidigen gedenke, wenn das tschechoslowakische Proletariat „mit der eigenen Bourgeoisie abrechne“; der KPTsch geht es zuerst um „die Bildung einer neuen Tschechoslowakei, um eine irgendwie sozialistische Sowjetrepublik nach dem Vorbild Sowjetrußlands“. In der kommunistischen Vorstellung „der jakobinischen Verteidigung der Republik“ sah der Verfasser das Bestreben, „den antifaschistischen Verteidigungskrieg in einen Bürgerkrieg umzuwandeln“ und „einen großen Bürgerkampf innerhalb des Landes zu entfesseln“ statt gegen den faschistischen Gegner zu kämpfen. Thelen, Jan: Jsou pro obranu Československa, ale jakou? [Sie sind für die Verteidigung der Tschechoslowakei – aber für welche?]. Nová svoboda v. 1. 11. 1936, 196 ff.

<sup>18</sup> Šalda, F. X. Nové směrnice III. Internacionály [Neue Richtlinien der III. Internationale]. Šaldův Zápiskník (1934–1935) 324.

block“<sup>19</sup>. Der neue Kurs wurde also schon erstickt, bevor er geboren wurde; nach außen erhielt man ihn aufrecht, aber er zeitigte nichts als Deklarationen und Forderungen, Selbstidealisation und Verteufelung der anderen.

Dafür gab es mehrere Ursachen. Das verlorene Ringen um ein neues Antlitz der Partei, das mit den Interessen des Landes harmonieren sollte, ist halbwegs vergleichbar mit der innerparteilichen Situation zwischen dem Januar 1968 und April 1969 sowie der nach dem November 1989; damals wie jetzt kam die radikale Änderung der Orientierung für die Mitgliedermassen zu plötzlich und unbegreiflich, zerschlug Dogmen und Schemen, deren Aufhebung mit dem Stigma des „Verrates am Internationalismus“ behaftet waren. Der Hauptgrund des Scheiterns aber liegt in der Prägung der Parteiführung, die noch nichteinmal versuchte, jene Grenze zu überschreiten, welche die Methoden des dogmatischen, bürokratischen Stalinismus, von den demokratischen trennt. Solch einen Schritt konnte man von der Gruppe Gottwalds mitnichten erwarten, die sich der Führung der KPTsch auf deren V. Parteitag 1929 mittels eines inneren Putsches im Namen einer „Bolschewisierung“ der Partei bemächtigt hatte – ein Begriff, der eindeutig Stalinisierung meinte<sup>20</sup>. So gesehen, wurde der stalinistische Kurs der Partei nicht erst 1948 eingeleitet, sondern schon vor dem Zweiten Weltkrieg. Dies erklärt, warum es die Volksfrontpolitik bei Worten beließ und weshalb die KPTsch in den schwersten Stunden des Volkes zur These der „Faschisierung“ zurückkehrte, mit offener Feindseligkeit gegenüber dem in- wie ausländischen nichtkommunistischen Widerstand in den ersten beiden Kriegsjahren.

Die Spannungen zwischen der KPTsch und den antifaschistischen Gruppen der bürgerlichen Parteien waren nicht geringer als jene zur Sozialdemokratie. Die Unvereinbarkeit von nationaler und sozialrevolutionärer Auffassung des antifaschistischen Kampfes trug wesentlich dazu bei, daß die Partei des revolutionären Proletariats ihren einseitig vom Klassenaspekt belasteten, antiquierten Standpunkt zum nationalen Problem ebenso schleppend wie unglaublich überwand und außerstande war, eine in sich geschlossene Lösung der Nationalitätenfrage zu formulieren. Das Mißtrauen der linksliberalen Antifaschisten bezüglich der Aufrichtigkeit der kommunistischen Hinwendung zur Verteidigung der Republik, schürte die Partei durch die primitive Gleichsetzung liberaler Opposition mit dem Faschismus der extremen Rechten. Auch nach 1936 gilt für die Sterilität des kommunistischen Standpunkts die drastische, aber treffende Einstellung von Ferdinand Peroutka vom Herbst 1933: „Ihr tragt ausspekulierte Thesen als Fesseln, die euren Geist in freier Bewegung hindern [...] Ihr seid ganz erstarrt durch das warten auf das Ende des kapitalistischen Systems; für alles andere seid ihr unbrauchbar in Rat und Tat“<sup>21</sup>. Zu spät und halbherzig, praktisch erst in den Münchener Tagen, klingen in der KPTsch zaghafte Ansätze zur Position an, daß jeder Widerstand gegen den Faschismus, der das System der Demokratie verteidigt, nicht nur Verbündeter, sondern auch Bestandteil der antifaschistischen Bewegung ist und

<sup>19</sup> Vgl. die Anm. 2.

<sup>20</sup> Vgl. P f a f f, Ivan: O bolševizaci aneb podobnosti nikoli náhodné [Über die Bolschewisierung oder die nicht zufällige Ähnlichkeit]. Svobodný zítřek v. 18. 1. 1990.

<sup>21</sup> P e r o u t k a, Ferdinand: Krátký citát z Hitlera [Ein kurzes Zitat aus Hitler]. Přítomnost v. 27. 9. 1933, 610.

daß auch politische wie intellektuelle Gruppen, die bisher den regierenden Kreisen verbunden waren, leidenschaftliche Anhänger des Antifaschismus sein könnten<sup>22</sup>.

Am eindrucksvollsten offenbart sich dies an der demonstrativ abweisenden Voreingenommenheit von KP/Tsch-Ideologien gegenüber der antifaschistischen Aktivität der tschechischen nichtkommunistischen Kultur. Diese wuchs bei der gesellschaftlichen und gedanklichen Strukturierung der Bewegung zur einzig relevanten Kraft heran. Ihre koordinierende, integrierende Tätigkeit verminderte die Schärfe von Reibungsflächen gegensätzlicher Gesichtspunkte und ermöglichte auf der kulturellen Ebene ein gemeinsames Vorgehen der heterogenen Kräfte, welche politisch nie eine gemeinsame Sprache gefunden hatten. Diese inspirierende, einigende Funktion der Kultur dokumentieren die beiden – bis heute verkannten – antifaschistischen Manifeste: das Manifest der „Gemeinde der tschechischen Schriftsteller“ vom 28. November 1934, das 261 Unterschriften vereinte<sup>23</sup>, und „Wir bleiben treu“ (15. Mai 1938) des gleichnamigen Petitionsausschusses, hinter dem 370 Persönlichkeiten standen (fast ein Drittel Kommunisten), die mehr als 1,5 Millionen Unterschriften sammelten, was zum einzigen gesamtnationalen Plebiszit gegen den Faschismus des Staates führte<sup>24</sup>. Die führende Rolle der nichtkommunistischen Kulturschaffenden bei der Entstehung beider „Kulminationskundgebungen“ des tschechischen Antifaschismus ist ebenso unbestreitbar wie ihr Verdienst, daß die kommunistischen Intellektuellen den Wunsch nach Begegnung auf der gemeinsamen Basis mit anderen artikulierten.

Der gesamte tschechische Antifaschismus war intellektuell geprägt und getragen. Schon ab 1933 fällt auf, welche starke und initiative Rolle kulturelle Persönlichkeiten in der antifaschistischen Bewegung einnahmen. Der ursprüngliche Protest gegen die Gleichschaltung deutscher Kultur, die Verteidigung der Geistesfreiheit sowie der vertriebenen oder inhaftierten Künstler führte sie zu einer umfassenden Einsicht in die Erfordernisse einer antifaschistischen Bewegung. Dies ermöglichte es ihnen, die führende Position hinsichtlich Strukturierung und Stratifizierung des Antifaschismus von Kultur und kreativer Intelligenz einzunehmen. Im Kampf gelangte die Kultur als reale politische Kraft zur Geltung, die nicht selten den eigentlichen Politikern zuvorkam. Diese quasi wegweisende Position der Kultur wurde auch durch ihr späteres Vorgehen bestätigt. Dies gilt keineswegs nur für die Linkskultur, sondern durchaus auch für die bürgerliche, deren progressive Repräsentation in der Strömung eine ebenso entscheidende Stellung innehatte wie ihre marxistischen Kollegen.

Dies zeigt sich eindrucksvoll am Beispiel von Karel Čapek<sup>25</sup>, der zur Zielscheibe vergeblicher deutscher diplomatischer Proteste wurde. Jener Protest gegen das be-

<sup>22</sup> Bartošek, Karel: Antifašismus a odboj [Antifaschismus und Widerstand]. In: *Odboj a revoluce 1938–1945*. Praha 1965, 17–18.

<sup>23</sup> Vgl. Pfaff, Ivan: První protifašistický manifest českých intelektuálů [Das erste antifaschistische Manifest der tschechischen Intellektuellen]. *ČCH* 91 (1993) 247–267.

<sup>24</sup> Vgl. Kuklík, Jan/Zátka, Petr: Spisovatelský manifest a Petičný výbor Věrní zůstaneme [Das Schriftstellermanifest und der Petitionsausschuß Wir bleiben treu]. – *Revue pro dějiny socialismu* 2 (1969) 205–227.

<sup>25</sup> Das erste systematische Bild von Čapeks Antifaschismus bringt Pfaff, Ivan: *O perspektivu lidského společenství. Politické myšlení Karla Čapka* [Um die Perspektive der menschlichen Gemeinschaft. Das politische Denken von K. Čapek]. Praha 1994, 55–97.

rühmte antifaschistische Drama *Die weiße Krankheit* (1937) hat eine bislang unbekanntere Vorgeschichte, in deren Licht seine Aufführung wie ein Sieg von Mut und Entschlossenheit über furchtsamen Opportunismus erscheint, sollte diese doch durch den Druck bürgerlicher Politiker und der agrarischen Polizeibürokratie verhindert werden. Im Dezember 1936 wurde in Čapeks Wohnung das Manuskript vor Politikern (Beneš, Rudolf Bechyně, Jaroslav Stránský, Hubert Ripka, Ferdinand Peroutka u. a.) und Künstlern (Stanislav Lom, František Götze, Otakar Fischer, Vladislav Vančura, František Langer, Adolf Hoffmeister – der gesamte „Freitagskreis“) vorgelesen. Es folgte ein heftiger Streit zwischen ihnen, da die Politiker eine Provokation der Deutschen befürchteten und eine Aufführung ablehnten. Das Stück wurde schließlich der Prager Polizeidirektion vorgelegt, die das Innen- und Außenministerium konsultierte, und 48 Stunden vor der Premiere versuchte der Polizeidirektor auf Weisung des agrarischen Innenministers, beim Prager Nationaltheater die Absetzung des Dramas zu erreichen. Das wies die Intendanz empört zurück<sup>26</sup>.

Die vorhandene Literatur schenkte dem Aufstieg der einheitlichen Kulturfront und deren politischer Tragweite keine monographische Beachtung, beschränkte sich auf verstreute, isolierte Hinweise und kleine Teilbeiträge<sup>27</sup>, obwohl allein die Memoiren der beteiligten Kulturschaffenden große Mengen ungenutzten Materials zur Rekonstruktion der gesamten Bewegung wie auch zur Erfassung ihrer Atmosphäre erbringen<sup>28</sup>. Es fehlen Monographien über das antifaschistische Denken der tschechischen Kultur und deren herausragender Vertreter, bürgerlicher wie linker, obwohl schon die Aufarbeitung der Publizistik und Korrespondenz Čapeks, die Erfassung des militanten Antifaschismus des *Befreiten Theaters* von Jiří Voskovec und Jan Werich,

<sup>26</sup> SÚA Prag, Nr. 38911/36 und 291/37, X/S/31, PMV 1931–1940; Čapeks Brief an Fráňa Šrámek, Prag 13. 12. 1936, T 89, LA PNP Prag; persönliche Mitteilungen von Dr. František Götze, Dr. František Langer und Frau Olga Scheinpflugová von 1966. – Vgl. Scheinpflugová, Olga: Český román [Der tschechische Roman]. Praha 1991, 372.

<sup>27</sup> Součková, Jana: K akcím spisovatelů na obranu republiky v době Mnichova [Zu den Aktionen der Schriftsteller in der Phase Münchens]. Česká literatura 7 (1959). – Valouch, František: Cesta K. Čapka od relativismu k antifasismu [Čapeks Weg vom Relativismus zum Antifaschismus]. In: Krkonoše – Podkrkonoší. Trutnov 1963, 261–294. – Válek, Vladimír: Několik poznámek k boji české literatury s fašismem [Einige Bemerkungen zum Kampf der tschechischen Literatur mit dem Faschismus]. Sborník filozofické fakulty brněnské univerzity 15 (1966) 85ff. – Vlašín, Štěpán: Československá inteligence a protifašistický boj 1933–1938 [Die tschechoslowakische Intelligenz und der antifaschistische Kampf 1933–38]. Sborník Vysokého učení technického v Brně 1958, 45–54. – Nicht zusammenhängend und nur in ästhetischen Kategorien berühren das Problem Chvatík, Květoslav: Bedřich Václavek a vývoj marxistické estetiky [B. V. und die Entwicklung der marxistischen Ästhetik]. Praha 1962 oder Matuška, Alexander: Člověk proti zkáze [Ein Mensch gegen die Vernichtung]. Praha 1963. Der Verfasser darf auf seine Habilitationsschrift verweisen, die das Problem erschöpfend in seiner Komplexität aufarbeitete, deren Gesamtauflage jedoch gleich nach der Erscheinung des Buches Ende Oktober 1969 konfisziert wurde (Pfaff, Ivan: Česká kultura v zápase proti fašismu [Die tschechische Kultur im Kampf gegen den Faschismus]. Praha 1969, 394 S.).

<sup>28</sup> Es geht um die Erinnerungen Nezvals, Taufers, Hoffmeisters, Langers, Kubkas; insbesondere Nezval, Vítězslav: Z mého života [Aus meinem Leben] (Praha 1958) bietet ein authentisches Zeugnis über die politische Orientierung und Aktivität der tschechischen linken Avantgarde.

Ausmaß wie Reife dieses Denkens und dieser Aktivität in überraschenden Dimensionen vor Augen führte<sup>29</sup>. Das Desinteresse der politischen Historiographie wie der Literaturwissenschaft für dieses grundsätzliche Problem hat mehrere Ursachen. Eine wesentliche ist der nicht geringe Anteil der nichtsozialistischen, bürgerlichen Kultur an der antifaschistischen Front, was natürlich den vereinfachenden Vorstellungen der tradierten Literatur entgegenläuft. Hier muß auch erwähnt werden, wie die Kritik von links an Werken nichtkommunistischer Künstler, noch bis in die zweite Hälfte der dreißiger Jahre, die antifaschistische Einheit objektiv schwächte sowie die bürgerliche und liberale Intelligenz von dieser ausgrenzte<sup>30</sup>. Wenn also Julius Fučík in seinem Nekrolog letztlich richtig erkannte, daß Čapek „zum kämpferischen Symbol für diejenigen wurde, mit denen er nicht gerechnet hatte“<sup>31</sup>, muß man hinzufügen, daß Čapek und seine Genossen auch für jene zum kämpferischen Symbol wurden, die mit ihnen nicht gerechnet hatten.

Die schädliche, entwaffnende Kritik von links, traf jedoch ebenso die Linkskultur, vor allem die Avantgarde<sup>32</sup>. Sie wurde vom sektiererischen Umgang der KPTsch mit der Kultur besonders schwer gelähmt: Die in der bahnbrechenden Monographie Květoslav Chvatíks publizierte Dokumente zeigen, wie die Durchsetzung der Stalinischen Auffassung des „sozialistischen Realismus“ gegenüber der Avantgarde, wie die langwierigen Diskussionen über den Surrealismus, gegen das kreative Verfahren und die Programme der Linkskultur, lange deren vorderste gesellschaftliche Aufgabe in

<sup>29</sup> Die Skizze Vlašín's ist belastet von einem vulgären Ökonomismus und schematischer Unterschätzung der bürgerlichen Intelligenz und trägt zur Lösung des Problems nicht bei. Eine selektive Auswahl aus der antifaschistischen Publizistik Čapeks bringt die Edition *Na břehu dnů* [Am Ufer der Tage], hrsg. v. Ivan Klíma, Praha 1966. Die neueste Monographie von Hyršlová, Květa: *Česká inteligence a protifašistická fronta* [Die tschechische Intelligenz und die antifaschistische Front] (Praha 1986) bringt einen nützlichen Überblick, konzentriert sich jedoch – die Verfasserin ist Germanistin – auf die Unterstützung des deutschen Kulturexils durch die tschechische Kultur und auf ihre Wechselbeziehung.

<sup>30</sup> Am aufschlußreichsten kommt dies zum Ausdruck im Fall Čapeks und der kommunistischen Kritik an ihm (Nejedlý, Kopecký, Štoll, Fučík, S. K. Neumann u. a.) noch in seiner antifaschistischen Gipfelphase. Sie war wohl kaum am Platze zum Zeitpunkt der *Weißten Krankheit*, die die kommunistische Kritik als „eine tragische Philosophie des Denkers Čapek, die die Verkörperung aller Ideale des Demokraten Čapek ruinierte“ herabsetzte (Tvorba v. 19.2.1937).

<sup>31</sup> Fučík, Julius: *Karel Čapek bojující* [Der kämpfende K. Č.]. *Nová svoboda* v. 19. 1. 1939. – *Barošek*: Antifašismus a odboj erfaßte ganz genau, daß „Čapeks Mutter, ihr Kampf und ihre Entscheidung – das Gewehr – nicht nur ein künstlerisches Symbol ist, sondern eine wahre Geschichte von Hunderttausenden Menschen und deren innerem Kampf“ (S. 27).

<sup>32</sup> Auch das *Osvobozené divadlo* (Befreites Theater) der intellektuellen Clowns Voskovec und Werich wurde 1933, als es schon ein Jahr lang sein Programm durch die antifaschistische Revue politisiert hatte, zur Zielscheibe der Vorwürfe Fučíks und E. F. Burians wegen der ungenügenden politischen „Klassenklarstellung“ und sogar als „Boulevardbetrieb“ (Fučík: *Divadelní kritiky* [Theaterkritiken]. Praha 1956, 311. – Obst, Milan/Scherl, Adolf: *K dějinám české divadelní avantgardy* [Zur Geschichte der tschechischen Theateravantgarde]. Praha 1962, 197). Burian verurteilte damals auch andere progressive Theaterleute wie Jiří Frejka, weil „sie sich der Arbeit in offiziellen Szenen angepaßt hätten“. Eine analytische Rehabilitierung des tschechischen antifaschistischen Theaters bei Pfaff: *Česká kultura* 89–118, 241–259, 329–346. Vgl. Der s.: *Antifašismus Osvobozeného divadla* [Antifaschismus des Befreiten Theaters]. *Divadlo* (1969) 101–126.

den Hintergrund drängte – nämlich den Kampf gegen den Faschismus<sup>33</sup>. Auch innerhalb der Linkskultur selbst beobachtet man ein schmerzliches, kompliziertes Ringen um Haltung zur KPTsch, auf deren politischen Plattform sie sich schließlich befand.

Trotz des offenkundig positiven, substantiellen Beitrags nichtkommunistischer Kultur zum dynamischen Aufschwung des tschechischen Antifaschismus, trotz ihres nachhaltigen Bemühens um dessen Bündelung, wurde sie zur Zielscheibe von gereizten Invektiven und Vorurteilen seitens der Kommunisten. Es ist geradezu unglaublich, daß etwa Fučík das erste antifaschistische Manifest vom November 1934 als „katastrophales Wirrwarr“ und als „furchtbare Einheitsfront“ stigmatisierte<sup>34</sup>, daß Karel Teige, der Theoretiker der Surrealisten, im selben Jahre Čapek als „ungebildet“ bezeichnete, weil er „nicht Lenin studierte“<sup>35</sup>, daß Čapek in *Rudé právo* gar wegen „Mitschuld“ am Faschismus angegriffen wurde<sup>36</sup>, daß Václav Kopecký als Hauptideologe der KPTsch 1934 die nichtkommunistischen Schriftsteller bezichtigte, sie würden „entwaffnen“ sowie Čapek persönlich, daß er mit seinem nationalen Antifaschismus „den reaktionären, gewalttätigen Instinkt der Bourgeoisie idealisiert“<sup>37</sup>, daß Ladislav Štoll noch im Februar 1937 Čapeks *Weißer Krankheit* abwertete<sup>38</sup>, daß S. K. Neumann in der gesamten Phase von 1933–1938 die nichtkommunistische, antifaschistische Kultur höchst vulgär als „Reaktion“ diffamierte<sup>39</sup>. Dies sind keine extremen Einzelfälle, sondern allgemeine Zeugnisse, deren Planmäßigkeit man durch zahlreiche analoge Formulierungen dokumentieren könnte. Nicht zuletzt bezeugt diese Kampagne eine beharrliche Kontinuität zwischen 1933–1938, was die These einer Wende der KPTsch nach dem VII. Parteitag als bloße Fiktion entlarvt. So nimmt es nicht wunder, daß Šaldas Konzeption der politischen und geistigen Mitte als einziger Möglichkeit der Verteidigungskonzentration gegen die faschistische Gefahr auf heftige Proteste stieß, obwohl gerade die nichtkommunistische Kulturgemeinde seine Richtigkeit eindeutig bewiesen hatte<sup>40</sup>.

<sup>33</sup> Die These Chvatíks: Bedřich Václavěk 112, 200, über die „Einheit zwischen der Politik und der künstlerischen Avantgarde“ und über „die enge Beziehung zwischen den linken Künstlern und der Partei“ ist daher problematisch. Die korrelative historische Prüfung des antifaschistischen Kampfes an der politischen und kulturellen Front kann die Gültigkeit dieser These erst nach 1936 akzeptieren, und auch dann noch mit starken Vorbehalten.

<sup>34</sup> Fučík an Gusta Fučíková, Moskau 10. 12. 1934. In: Fučík, Julius: Korespondence [Briefwechsel]. Praha 1963, 209 (Nr. 88).

<sup>35</sup> Teige, Karel: [Briefwechsel]. Karel Čapek uvažuje o osudu kultury [K. Č. spekuliert über das Schicksal der Kultur]. Doba v. 1. 3. 1934, 38–43.

<sup>36</sup> Spolovina Karla Čapka [Die Mitschuld von K. Č.]. Rudé právo v. 17. 10. 1934.

<sup>37</sup> Kopecký, Václav: Karel Čapek a staronový nacionalismus [K. Č. und der alt-neue Nationalismus]. Rudé právo v. 19. 12. 1934.

<sup>38</sup> Štoll, Ladislav: Čapkovy protifašistické drama [Čapeks antifaschistisches Drama]. Tvorba v. 19. 2. 1937.

<sup>39</sup> Neumann, Stanislav Kostka: Česká literatura a česká skutečnost [Tschechische Literatur und tschechische Wirklichkeit]. Listy pro umění a kritiku v. 14. 3. 1934. – Ders.: Sociální román relativisty aneb hornický život k pobavení [Der Sozialroman eines Relativisten oder Bergmannleben zur Unterhaltung]. Tvorba v. 8. 11. 1937.

<sup>40</sup> Šalda, F. X.: Tedy o tom individualismu a kolektivismu [Also über den Individualismus und Kollektivismus]. Šaldův Zpísniík 7 (1934–1935) 152. – Ders.: O tom středu [Über die Mitte]. E b e n d a 307–310.

Die Kritik von rechts wie links, schwächte und isolierte die antifaschistische Kultur erheblich, drückte sie an die Peripherie des Kampfes als „unfruchtbare Kraft“, wo sie in Wahrheit nur unbequem war. Es ist ein tragikomisches Paradoxon, daß jener Kultur, die die Politik ersetzte, diese Wirkung nur von den feindlichen Kräften zugestanden wurde, die als einzige ihre Potenz und Wirkung im politischen Zusammenhang präzise einschätzten<sup>41</sup>.

Daß die tschechische Bourgeoisie der dreißiger Jahre kein homogenes Klassengebilde darstellte, sondern vielgliedrig strukturiert war, von rechtsgerichteten Großkapitalisten über die „Burg“-Gruppe bis zur progressiven liberalen Intelligenz, wurde bereits durch die sozioökonomische Analyse ausführlich belegt. Diese befaßte sich jedoch nicht ausreichend mit einer politischen Wertung der Bourgeoisie, speziell in ihrem Verhältnis zum Faschismus. Die absurde Einschätzung der bürgerlichen wie liberalen Kräfte übernahm die stalinistische Geschichtswissenschaft der vergangenen Jahre voll und ganz. Wo es nicht möglich war, den Beitrag dieser Antifaschisten zu leugnen, setzte man sie herab, sei es mittels Einordnung in den kommunistischen Kontext oder durch den Vorwurf der Inkonsequenz, des Reformismus oder anderer politischer Sünden<sup>42</sup>. Durch die einseitige Quellenauswahl wurde diesem Geschichtsbild schon faktographisch jedes Umfeld entzogen, welches durch das Raster der Klasseneinstufung fiel, nach welcher die dogmatische Historiographie die Quellen antifaschistischen Denkens ausschließlich suchte. Dieses aber erscheint höchst eindrucksvoll auch in solchen nicht- oder antikommunistischen Zusammenhängen der ČSR, wo sie ein vom verfälschten Bild abhängiger Beobachter nie erwartet hätte. Studiert man die linksliberale Presse (*Lidové noviny*, *Přítomnost*) samt der um sie herum gruppierten Intellektuellen und Politiker, findet man erstaunliches: als Verkünder eines entschlossenen Antifaschismus treten hier besonders jene auf, die im Nachhinein „exkommuniziert“ worden waren – Hubert Ripka, Jaroslav Stránský, Ferdinand Peroutka.

Deren tatsächliche historische Rolle hatte in der progressiven „revisionistischen“ marxistischen Historiographie am längsten auf ihre Rehabilitierung warten müssen. Während die Edition *Mnichov v dokumentech* (München in Dokumenten) von 1958 in diesen Persönlichkeiten noch Münchener Verräter erblickt hatte, ist fünf Jahre später *Chtěli jsme bojovat* (Wir wollten kämpfen) frei von diesem Stigma, wenngleich man sie verschweigt; doch noch 1965 hatte das fragwürdige Pamphlet *V osidlech zrady* (In den Schlingen des Verrats) für diese Politiker nichts als Diffamierung und Beschimpfungen übrig. Als Jan Křen sie 1963 erstmals zu rehabilitieren suchte, bezeichnete er sie als „die besten Elemente der bürgerlichen Politik, ihre festesten Charaktere“, „linksgerichtete bürgerliche Demokraten“, „Gefährten der großen Volksbewegung für die Verteidigung der Republik“, die den „Ansatz zu moralisch fester und

<sup>41</sup> Auf die „gefährliche extreme intellektuelle Opposition“ gegen die Regierung in der Sudetenfrage beschwerte sich der britische Gesandte in Prag Newton am 2. 8. 1938 gegenüber Halifax (DBFP, III/2, London 1949, 748, Nr. 567).

<sup>42</sup> Vgl. Pražák, Jan: *Nepřítel mezi hradbami* [Der Feind inter muros]. Praha 1956, 44. – Hájek, Jirí S.: *Mnichov* [München]. Praha 1958, 68. – Král, Václav: *Politické strany a Mnichov* [Politische Parteien und München]. Praha 1961, 43.

ehrenhafter Einstellung“ bewiesen hatten<sup>43</sup>. Křens Charakterisierung erreichte jedoch nicht die Konsequenz jener ausgereiften Analyse von Karel Bartošek im Sammelband *Odboj a revoluce* (Widerstand und Revolution) von 1965. Doch auch ihm ist entgangen, das Čapek bereits im Frühjahr 1934 in eben jener *Přítomnost* einen Zyklus seiner vernichtenden Urteile über den Faschismus veröffentlichte, und daß im Herbst 1934, als der Zusammenstoß von Demokraten und heimischen Faschisten mit deren Kra- wallen in den Insignaden eskaliert war, gerade Peroutka einer der schärfsten Gegner der Faschisten wie eifrigsten Verteidiger der Linken gewesen war. Hierher gehörten auch seine Angriffe gegen die Regierungspolitik nach dem Anschluß Österreichs, obwohl *Přítomnost* für ein Blatt der „Burg“ gehalten wurde.

Einer seiner Verbündeten, Ripka, machte aber auch darauf aufmerksam, daß es „eine Sünde und geradezu ein Verbrechen wäre, wenn wir diese tapferen Verteidiger der tschechoslowakischen demokratischen Idee [die sudetendeutschen Antifaschisten, I. P.] negiert und dem Totalismus der Sudetendeutschen Partei ausgeliefert hätten. Diese Menschen haben in einem besonders schweren Augenblick außerordentliche Festigkeit und klare Sicht erwiesen, so daß sich die Demokratie auf sie bestimmt unter jeglichen Umständen verlassen kann [...]. Es wäre eine nie wiedergutzumachende Schande der tschechoslowakischen Demokratie, wenn sie sie jetzt verraten sollte“<sup>44</sup>. Auch Stránský verlangte die aktive Unterstützung der sudetendeutschen Antifaschisten<sup>45</sup>. Es reichte übrigens bereits, die beredete Anklage Peroutkas vom 8. Mai 1938 anzuführen: „Einige Politiker betreiben eine derartige Politik, um Henlein nicht einmal ein Prozent unserer Deutschen entschlüpfen zu lassen. Ihnen müssen wir die Hauptfrage stellen: sollten wir etwa helfen, jeden Deutschen auszurotten, der der Republik zustimmt? [...] Über eine Sache sollten sich die Führer unserer Politik nicht täuschen: Eines Tages wird dieser Frage wegen ihr ganzer staatsmännischer Ruf aufs Spiel gesetzt werden. Mögen sie glauben, daß es keinen Anspruch auf die Dankbarkeit des Volkes begründen wird, wenn es ihnen gelingen sollte, aus allen unseren Deutschen Nazis zu machen“<sup>46</sup>. Diese Bezeichnung der Regierungspolitik, die deutschen Antifaschisten verraten und dem Nazismus das Feld überlassen zu haben, ist eindeutig gegen jene Kreise gerichtet, für deren Sprecher Peroutka und sein Blatt allgemein gehalten wurden. Auch wenn es sich sicherlich um einen Sonderfall seiner Publizistik handelt, deutet er an, daß die Gegensätzlichkeit der Klassenvorstellungen die Entschlossenheit und Richtung des antifaschistischen Kampfes nicht unmittelbar bedingt.

Erst im Aufkommen solchen Denkens wird die über Jahre hinweg zusammenhängende Entwicklung sichtbar, aus der im September 1938 die gegen die Kapitulation gerichtete, kriegerische und schließlich sogar gegen Beneš gewandte Einstellung einer ganzen Generation liberaler Demokraten hervorgegangen ist, deren Opposition

<sup>43</sup> Křen, Jan: Do emigrace [In die Emigration]. Praha 1963, 66, 83, 258.

<sup>44</sup> Ripka, Hubert in *Demokratický střed* v. 1. 4. 1938.

<sup>45</sup> Stránský, Jaroslav: Některé připomínky k situaci [Einige Bemerkungen zu der Situation]. *Lidové noviny* v. 12. 4. 1938. – Der s.: Dvě hlavní věci [Zwei Hauptdinge]. *E b e n d a* v. 15. 5. 1938.

<sup>46</sup> Peroutka, Ferdinand: Úvaha o účelnosti [Überlegungen über Zweckmäßigkeit]. *E b e n d a* v. 8. 5. 1938.

mitnichten eine vereinzelte Episode gewesen war. Am 20. September 1938 beschwor Ripka Beneš: „Zögern Sie nicht, ganz außerordentliche Maßnahmen zu ergreifen. Auch das Kriegsrisiko wäre einer schmachvollen Kapitulation vorzuziehen. Diese vernichtende Schande dürfen wir nicht zulassen“<sup>47</sup>. Im gleichen Geiste trat auf der Präsidiumssitzung der Volksozialistischen Partei am 21. September 1938 Stránský hervor, der in vorderster Front an Aktionen der demokratischen Opposition teilnahm, die noch am 30. September versuchte, Beneš von der Annahme des Münchner Diktats abzubringen. Ihr Fokus war bezeichnenderweise der *Lidové noviny*<sup>48</sup>. Die oppositionelle Initiative beschränkte sich bis zum 21. September, dem Datum der ersten Kapitulation Prags unter dem Druck aus London und Paris, fast nur auf nichtkommunistische Persönlichkeiten; unter diesen traten sogar zwei Abgeordnete der extrem rechten *Národní sjednocení* (Nationale Vereinigung), Ladislav Rašín und Vlastimil Klíma, beeindruckend hervor. Erst und einzig diese Initiative riß auch die Kommunisten zu einer gemeinsamen Zusammenarbeit hin, die sich dem Primat der Liberalen freilich erst dann anschlossen, als es für die Ablehnung der ersten Kapitulation bereits zu spät war. Auch wenn das leidenschaftlich antifaschistische Credo, das eben jene Politiker in den tragischen Augenblicken der Krise buchstäblich an die Spitze des Volkszorns heraufgetragen hatte, zweifellos den Überlegungen Benešs entgegengesetzt erscheint, darf man einer Revision der kanonisierten Legenden über seine „bestellte“ Kapitulation und seines „Verrats“ nicht ausweichen. Heute wissen wir, daß Beneš zwischen dem 19. und 22. September eine kompromißlos progressive Position einnahm und sogar mittels der französischen und britischen Sozialisten die Appeaseregierungen Paris und Londons zu stürzen versuchte; wir wissen auch, daß er bei der Bildung des Syrový-Kabinetts am 22. September einen erfolgreichen Kampf gegen die einheimischen Faschisten geführt hatte, die seit dem 19. September einen gegen die Verteidigung des Staates gerichteten Rechtsputsch vorbereiteten<sup>49</sup>. Wenn die tschechische Historikerin Míla Lvová bereits 1965 die Legende vom „bestellten“ Nachtultimatum widerlegte<sup>50</sup>, ist es doppelt peinlich, wenn ein Teil der westdeutschen wissenschaftlichen Literatur diese noch drei Jahre später wiederherstellte, mittels eines dumm dreisten Hinweises auf die stalinistischen Produzenten dieser Legende aus den fünfziger Jahren, der wohl als Beweis derselben dienen sollte<sup>51</sup>.

Die Position, in die Beneš kraft des Münchener Diktats gedrängt wurde, brachte ihn aber tatsächlich in krassen Gegensatz zu den radikalen, demokratischen, die Kapitulation ablehnenden Linken um Petr Zenkl, Stránský, Ripka, Bechyně und Jaromír Nečas, die auch nach dem Münchener Abkommen nicht aufgaben und noch in den vier Tagen zwischen dem 30. September und der Abdankung des Präsidenten versuchten,

<sup>47</sup> Zit. nach K ř e n : Do emigrace 55.

<sup>48</sup> E b e n d a , passim.

<sup>49</sup> L v o v á , Míla: Problémy dvou linií v československé buržoazní politice mezi 19. a 22. zářím 1938 [Probleme von zwei Linien in der tschechoslowakischen bürgerlichen Politik zwischen dem 19. und 22. September 1938]. Příspěvky k dějinám KSČ (1965) 851–897.

<sup>50</sup> D i e s . : K otázce tzv. objednaného ultimáta [Zur Frage des sog. bestellten Ultimatums]. ČsČH 8 (1965) 333–349.

<sup>51</sup> K i m m i n i c h , Hans G.: Die tschechische wissenschaftliche Literatur über das Münchener Abkommen seit 1945. München 1968, 79.

den politischen, aber besonders den militärischen Widerstand auszulösen, zu dessen Realisierung sie sich mit dem repräsentativsten Teil der Generalität verbanden<sup>52</sup>. Vertreter der KPTsch nahmen zwar an den Verhandlungen teil, jedoch nahezu passiv, da sie schon fest in Kategorien verankert waren, die eine Widerstandspolitik nicht zuließen. Während Beneš und dessen demokratische „Septemberopponenten“ zuhause wie im Ausland die Widerstandsfront vorbereiteten, erklärte Gottwald am 26. Dezember 1938 auf der Präsidiumssitzung der Komintern in Moskau: „Die Mehrheit der Arbeiterklasse folgte der Politik der Sozialdemokratie und der Beneš-Partei. Wir hätten am 30. September freilich kämpfen können, doch das Land wäre heute besetzt und unsere Partei offenbar ausgerottet“<sup>53</sup>.

„Der Mann gegen München“, wie sich Gottwald von den stalinistischen Panegyrikern titulieren ließ, bekennt also mit einem Zynismus, der sogar Stalin zu stark war, daß die KPTsch sich nur oder vor allem aus Angst um die eigene Existenz, um die Existenz seines Apparates samt der Funktionärskader nicht aktiv gegen München gestellt hatte, und daß sie schon davor keine konsequente antifaschistische Politik führte, weil die Mehrheit der Arbeiterklasse, geschweige denn die des Volkes, nicht mit der KPTsch einverstanden war. Das negative, subversive Verhältnis der KPTsch-Führung zum nichtkommunistischen Widerstand nach Kriegsausbruch mit der Abhängigkeit der Partei von Moskau zu erklären, ist also ebenso verfehlt wie die Abkehr der KPTsch von ihrem früheren, positiven Antifaschismus vom Herbst 1939 an. Bereits acht Monate vor dem Hitler-Stalin-Pakt, von dem im Dezember 1938 nicht einmal die Sowjets geträumt hatten, wendet sich Gottwald vorbehaltlos einem Kalkül zu, das das nationale Schicksal als einen frei disponierbaren Posten der Parteitaktik ansieht und es aus der Perspektive des Parteiprofits als einzigem Kriterium abwägt. Solch eine Taktik schließt entweder den Klassenaspekt aus den Determinanten des Antifaschismus gänzlich aus, oder stellt ihn dort, wo er sich doch real bemerkbar macht, als destruktive und regressive Kraft dar.

Wie der Faschismus selbst nicht mit einer bestimmten Klasse oder sozioökonomischen Schicht verbunden war, was die Analyse der Massenbasis sowohl des Nationalsozialismus als auch des tschechischen Faschismus eindeutig beweist, war auch der Antifaschismus nicht klassenbedingt. Jene Klasse, welche die kapitalistische bürgerliche Gesellschaftsordnung konserviert oder höchstens reformiert und deshalb als ein Verbündeter des Faschismus bezeichnet wird, kann im Bemühen um Einheit und Wirksamkeit des Antifaschismus durchaus als konstruktive, integrierende und aktivierende Kraft erscheinen. Und umgekehrt: die Klasse, die die Liquidierung des bestehenden Systems anstrebt und den Antifaschismus für sich monopolisiert, kann im antifaschistischen Zusammenhang sehr wohl als spaltender, demobilisierender und sogar gänzlich resignativer Faktor wirken. Damit sind selbstverständlich die Repräsentanten beider „Klassen“ gemeint, nicht jedoch deren Massen.

<sup>52</sup> Die Entstehung und Entwicklung dieser oppositionellen Fraktion rekonstruierte und analysierte Křen: *Do emigrace* 57–81.

<sup>53</sup> Gottwalds Referat auf der EKKI-Sitzung am 26. Dezember 1938. *Chtěli jsme bojovat* [Wir wollten kämpfen]. Bd. 2. Praha 1963, 397–412, hier 405. Auch Hájková, Alena: *Strana v odboji. Z ilegálního boje KSČ 1938–1942* [Die Partei im Widerstand. Aus dem illegalen Kampf der KPTsch 1938–1942]. Praha 1975, 45–54.